

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe februar 2008



Herausgeber, V.i.S.d.P
Henner Schmidt
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte
Französische Straße 8
10117 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution
700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur
Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren
Nils Augustin, Anno Blissenbach, Jan Valentin Deichsel, Maren Jasper, Volker Jürgensen, Kurt M. Lehner, Markus Löning, Peter Lundkowski, Katja v. Maur, Peter Pawłowski, Frauke Sander, Henner Schmidt, Stefan Scholz, Tim Stuchtey

Autoren dieser Ausgabe
Juliane Homuth, Robert Kammel, Martin Lindner, Matthias Schulze, Bettina v. Seyfried

Leserbriefe
Kurt M. Lehner, Peter Lundkowski

FDP in Mitte im Internet
www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.fdp-friedrichstadt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de
www.fdp-wilhelmstadt.de

Bankverbindung
FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namenszeichen geben die Meinung nur ihres Autors wieder, nicht die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe februar 2008
www.liberal-central.de

Liebe Parteidienstleistungen und Parteidienstleiter in Berlin-Mitte,

die Saison der Jahreshauptversammlungen in den Orts- und Bezirksverbänden der Berliner FDP ist in vollem Gange, und wie gewohnt in Jahren ohne Vorstandswahlen ist Drama rar. Am 06.02. lud der BV Mitte die beiden Kandidaten für den Vorsitz des Landesverbandes auf dem Landesparteitag im April zur Diskussionsveranstaltung, und der Reporter der „Berliner Morgenpost“ sah das so: „Der Ring war der BVV-Saal in Mitte. 70 Liberalen warteten gespannt, wie sie sich schlagen, die Aspiranten auf den FDP-Landesvorsitz. Im April wird gewählt, am Mittwoch gab es den ersten Schlagabtausch dieses Duells. Gegner sind der FDP-Fraktionsvorsitzende Martin Lindner und der amtierende Landeschef Markus Löning. Nicht ein einziges Mal applaudierten die Zuhörer, nur zwei Mal gab es vorsichtiges, zustimmendes Klopfen. So andächtig war wohl kaum eine FDP-Versammlung in den vergangenen Monaten. ...“ Einen Sieger machte die MoPo nicht aus, aber einen klaren Gewinner hatte die Veranstaltung in der Berliner FDP – Personal-Wettbewerb ist Quell von Stärke und Erfolg, wenn vernünftig und sachgerecht gestaltet.

Im Übrigen erlaube ich mir, Sie auf die Jahreshauptversammlung unseres Bezirksausschusses am 20. Februar hinzuweisen. Bitte fühlen Sie sich alle herzlich eingeladen.

Sehr erfreulich ist, dass die zweite Phase des – von der FDP stark unterstützten – Bürgerbegehrens für die Offenhaltung des Flughafens Tempelhof erfolgreich abgeschlossen werden konnte, rund 200.000 Unterschriften wurden auf den Bürgerämtern abgegeben (nötig 170.000). Am letzten „offenen Wochenende“ waren die Liberalen aus Mitte wieder aktiv, diesmal warben Parteidienstleistungen und Parteidienstleiter aus Wilhelmstadt vor dem Bürgeramt Wedding und die Gendarmenmärkte vor dem Bürgeramt Mitte.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Der Dienst der Freiheit ist ein strenger Dienst,
Er trägt nicht Gold, er trägt nicht Fürstengunst,
Er bringt Verbannung, Hunger, Schmach und Tod;
Und doch ist dieser Dienst der höchste Dienst,
Ihm haben unsre Väter sich geweiht,
Ihm hab' auch ich mein Leben angelobt,
Er hat mich viel gemühet, nie gereut.

Ludwig Uhland

Lagebericht des Vorsitzenden

Klare Inhalte statt Koalitionsdiskussionen

von Henner Schmidt

Liebe Leserinnen und Leser, die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen haben auch in der FDP Diskussionen über die zukünftige Strategie ausgelöst. Wir müssen uns wohl - zumindest eine Weile – auf Fünf-Fraktionen-Parlamente als Regel einrichten (in Sachsen sind es sogar sechs). In Berlin kennen wir uns damit ja schon aus. Vielleicht können unsere Erfahrungen auch anderen Landesverbänden nützlich sein.



Trotzdem sollten wir den Hessen keine Ratsschläge für eine Koalitionsbildung geben. In Hessen besteht eine besondere Situation, bedingt durch den überzogenen Wahlkampf von Roland Koch und die sehr linke Positionierung von Andrea Ypsilanti. Hessen kann kein allgemeines Beispiel sein.

Die FDP insgesamt muss sich aber überlegen, wie sie sich - vor allem im Bund – auf die neue Parteienkonstellation einrichtet. Die kleineren Parteien (die übrigens gar nicht so klein sind), müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und Regierungen außerhalb großer Koalitionen ermöglichen, sonst machen sie sich überflüssig und befördern die Absicht einiger in den großen Parteien, das Mehrheitswahlrecht einzuführen.

Gerade für die Grünen gibt es keinen Grund, sich zu zieren: wer in Hessen Grüne oder SPD gewählt hat, kann nicht wirklich überrascht sein, wenn ggf. dabei rot-rot-grün herauskommt. Inhaltlich hatten sich dort diese drei Parteien nahe beieinander aufgestellt. Auch eine Entscheidung der hessischen Grünen für „Jamaika“ wäre möglich. Sie können sich aber nicht einer Regierungsbeteiligung komplett verweigern.

Ähnliches gilt für die Berliner FDP: eine Ampelkoalition oder „Jamaika“ kann sie nicht ausschließen, sondern muss sich auf beides vorbereiten. Aus den bisherigen Erfahrungen in Berlin ergeben sich dabei Hinweise auf ein mögliches Vorgehen:

Wenn die FDP sich deutlich von den anderen Parteien abgrenzt, mit wenigen wesentlichen Kernpunkten ihre Positionierung absteckt und nicht glaubt, Positionierung und Inhalte durch

Koalitionsaussagen ersetzen zu können, kann sie sowohl gute Wahlergebnisse erzielen als auch erhobenen Hauptes in Koalitionsverhandlungen eintreten. Wer seine Inhalte vertritt und durchsetzt, wird kaum noch gefragt, an welchen Koalitionspartner er sich hängen will.

Dies gilt umso mehr, seitdem die CDU wirklich keine marktwirtschaftlich orientierte Partei mehr ist und bei Haushalt, Sozialreformen, Steuern und Wettbewerbspolitik eher die Politik der SPD der 70er Jahre betreibt. Die FDP muss also auch gegenüber der CDU eine marktwirtschaftliche, wettbewerbsorientierte, bürgerrechtsbezogene und bezahlbare Politik durchsetzen, wenn sie nicht ihre Existenzberechtigung verlieren will.

Die Bundes-FDP hat seit Jahren erfolgreich die Eigenständigkeit der FDP entwickelt, das ist eines der Hauptverdienste von Guido Westerwelle. Jetzt dürfen wir nicht zittrig werden, nur weil plötzlich neuartige Koalitionen möglich sind. Um Ampel oder „Jamaika“ werden wir in einzelnen Ländern nicht herumkommen – warum auch nicht, wenn sich liberale Politik darin entfalten kann?

Dass die Konzentration auf wenige und klare Punkte Koalitionsbildungen erleichtert, hat die Linke in Berlin vorgemacht: sie hat ihren Wahlkampf mit der Verhinderung von Privatisierungen und der Einheitsschule bestritten und diese Punkte dann auch durchgesetzt, während sie in anderen Bereichen nachgegeben hat.

Auch die FDP braucht klare Positionen, für die sie glaubwürdig steht.

So setzt die FDP im Abgeordnetenhaus auf mehr Wettbewerb durch Private auch bei öffentlichen Dienstleistungen. Außerdem propagiert sie die freie Schulwahl für alle und die Bürgerschule mit einem breiten Spektrum an pädagogischen Angeboten. Darüber hinaus steht sie für eine deutliche Reduzierung von Bürokratie und restriktiven Auflagen. Wer das nächste Mal die FDP in Berlin wählt, weiß, dass sie in einer Regierung genau das durchsetzen wird – und dann ist weniger wichtig, welche Parteifarbe der Regierende Bürgermeister hat.

Lassen Sie uns dazu beitragen, dass die laufenden Diskussionen das eigenständige Profil der FDP schärfen, dann können wir gemeinsam erfolgreich sein!

*Henner Schmidt MdA (OV Gendarmenmarkt),
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

Kommentar aus Mitte

Diktatur des Guten

von Piotr Pawłowski

Seit der Uraufführung am 30. September 1791 zählt „Die Zauberflöte“ zu den bekanntesten Opernwerken weltweit. Ihren Erfolg verdankt sie vor allem der genialen Musik Mozarts. Doch auch die Vielschichtigkeit der Handlung aus der Hand Emanuel Schikaneders trug dazu bei. Eine der beliebtesten Arien der Oper ist Sarastros „In diesen heil'gen Hallen“. Im Palast des Herrschers „Kennt man die Rache nicht“. Seine heil'gen Mauern sind ein Ort „Wo Mensch den Menschen liebt“. Ist das wirklich so? Im Sarastros Reich werden Menschen gefangen gehalten, hart bestraft, Sklaven gedemütigt. Wer mitmacht und keinen Widerstand leistet wird großzügig behandelt. Sarastro ist ein guter Diktator, sein Reich eine Diktatur des Guten.

Trotz zweihundert Jahren auf dem Buckel hat Mozarts Meisterwerk nichts an seiner Aktualität verloren. Auch heute wird Menschenliebe gerne zu politischen Zwecken instrumentalisiert und zwar nicht nur in Diktaturen. Wer sich in Deutschland oder in den USA umschaut, wird schnell feststellen, dass unsere demokratische Welt von gut gemeinten Botschaften geradezu überfüllt ist.

Sie alle verwenden Sprachregelungen, die die Menschen besser und die Welt gerechter machen sollten. Dieses Phänomen hat einen Namen: Political Correctness. Das Ziel von PC ist mittels Sprachzensur politische Machtverhältnisse zu ändern. Und sie tut es mit großem Erfolg. Das jüngste Beispiel dafür ist die Debatte um ausländische Straftäter. Ermutigt durch die öffentliche Diskussion, die der Vorfall in München ausgelöst hat, haben Roland Koch und der Berliner Oberstaatsanwalt Roman Reusch ein Problem thematisiert, das seit Jahren bekannt und durch alle empirische Studien bewiesen ist: der Anteil der straffälligen Migranten ist überproportional hoch.

Es bleibt an dieser Stelle dahingestellt, welche Motive Roland Koch verfolgte, als er das Thema aufgegriffen hat. Streiten kann man ebenso über die Lösungsvorschläge des Herrn Reusch. Bedenklich muss einem jedoch die mediale und politische Gleichschaltung der Bundesrepublik



vorkommen, in der Äußerungen, die nicht in das politische Mainstream passen als Tabubruch bezeichnet und getadelt werden. Koch hat die Wahl verloren, Reusch muss mit disziplinären Konsequenzen rechnen. Doch bei den schweren Beschuldigungen, die gegen Koch und Reusch erhoben wurden und die vom Schüren ausländerfeindlicher Ressentiments bis hin zum Vorwurf der Hetzkampagne reichten, ging es keineswegs nur um die Versachlichung der Debatte.

Wer sachlich diskutieren will, muss zuerst die Fakten offen legen. Die hohe Straffälligkeitsquote unter einigen Migrantengruppen ist so ein Fakt. Dies zu leugnen, hilft nichts. Es muss möglich sein, eine offene und kritische Auseinandersetzung mit der Einwanderungspolitik zu führen. Nur so können Ursachen des Problems erkannt und die dringend notwendigen neuen Ansätze im Ausländerrecht, der Bildungs- und Sozialpolitik aber auch im Strafrecht auf den Weg gebracht werden. Es gilt, Fragen zu lösen, die von existenzieller Bedeutung für viele Migranten sind.

Wie die Rechtsicherheit, die es z.B. bei den sog. „geduldeten“ Ausländer gar nicht gibt, oder der freie Zugang zum Arbeitsmarkt, von dem Aber-tausende Nicht-Deutsche ausgeschlossen sind, weil man ihnen die Erteilung einer Arbeitserlaubnis verweigert. Doch weder Rot-Grün noch die große Koalition haben je ernsthaft versucht, diese Probleme anzugehen. Stattdessen wurde eine aus Steuergeldern finanzierte Multi-Kulti-Folklore propagiert. Scheinbegriffe und Scheindebatten eroberten Medien und Parlamente. Ausländer mutierten zu „unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern“, Polizeirazzien gegen Drogendealer aus Afrika wurden als „rasistische Übergriffe“ dargestellt und in Mitte hat man allen Ernstes über die Unbenennung der Mohrenstraße nachgedacht, weil der Name diskriminierend sei.

Die politisch korrekte Welt kennt keine Gnade. Was auf der Strecke bleibt ist das fundamentale Recht auf freie Meinungsäußerung und Menschen, die in einigen Jahren die Hälfte der Berliner Bevölkerung ausmachen werden.

Peter Pawłowski (OV Tiergarten) ist Stellv.
Vorsitzender des BV Mitte und Vorsitzender
der FDP-Fraktion in der BVV Mitte

Gastkommentar

Neue Parkzonen in Mitte schaffen keine neuen Parkplätze

von Matthias Schulze

Trotz anhaltender Bürgerproteste hält der Bezirk Mitte und eine BVV-Mehrheit, bestehend aus SPD, Grünen und Linkspartei, an der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung zum 1. April 2008 fest. In der Rosenthaler Vorstadt, Dorotheenstadt, Friedrich-Wilhelm-Stadt, im Parlaments- und Regierungsviertel und rund um den Hauptbahnhof kostet das Parken künftig bis zu drei Euro in der Stunde. Die Bürgerinitiative kämpft mit einem Bürgerbegehen gegen die Pläne des Bezirkes, die in der ersten Linie dazu dienen, die leere Bezirkskasse aufzufüllen. Bis zum 8. Juli 2008 müssen 6380 Bürgerinnen und Bürger aus Mitte das Bürgerbegehen mit ihrer Unterschrift unterstützen, damit im Bezirk in einem anschließenden Bürgerentscheid über die Parkzonen abgestimmt werden kann. Zum 1. Februar 2008 hat die Initiative bereits 3500 Unterschriften gesammelt. Wir sind uns sicher, dass das Bürgerbegehen erfolgreich sein wird und es zu einem Bürgerentscheid kommt.

Trotzdem ignorieren der Bezirk, Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke und Baustadtrat Ephraim Gothe die direkte Bürgerbeteiligung. Stattdessen schaffen sie Fakten, indem Parkscheinautomaten bestellt wurden und Bagger rollen. Wiederholt haben wir angemahnt, die Maßnahmen bis zum Ausgang des Bürgerbegehrens einzustellen und das Geld der Steuerzahler nicht sinnlos und fahrlässig zu verschwenden. Dieses Geld wird am Ende für Infrastrukturmaßnahmen und Kindergärten fehlen, wenn der Bürger die Parkzonen - so wie zuvor in Charlottenburg-Wilmersdorf- auch in Mitte stoppt.

Die Parkplatzsituation in den neuen Parkzonen rechtfertigt keine Parkraumbewirtschaftung, kostet Anwohner, Besucher und Gewerbetreibende aber viel Geld. Durch sie wird kein einziger Parkplatz zusätzlich geschaffen. Gerade abends und nachts ist der Parkraumdruck –wie überall- höher. Die Vignette sichert aber auch dann keinen Parkplatz. Verwandte, Freunde



oder der Sozialdienst für ältere und behinderte Menschen müssen zahlen, wenn das Parken länger als drei Minuten dauert. Auch wer Kinder aus dem Kindergarten abholt oder Waren ausliefert ist betroffen. Hat man erst einmal ein Knöllchen, hilft auch keine Diskussion mit den Mitarbeitern des Ordnungssamtes mehr.

Selbst wer kein Auto hat, muss zahlen, z.B. wenn man kurzfristig ein Fahrzeug ausleihst. Eine Anwohnervignette ohne Fahrzeug wird nicht ausgestellt, da der Bezirk einen „Vignettenhandel“ befürchtet.

Der Bezirk erhofft sich durch die Parkraumbewirtschaftung Einnahmen in Höhe von ca. drei Millionen Euro pro Jahr. Eine stattliche Summe, die der Bürger neben allen anderen staatlichen Abgaben schultern muss. Dabei wirkt die Parkraumbewirtschaftung über jeden einzelnen Anwohner hinaus, denn Handwerker, „Essen auf Rädern“-Lieferanten oder Hausmeisterdienste werden die Parkgebühr an die Kunden, also die Anwohner, weitergeben müssen.

Sind die Parkzonen erst eingerichtet, wird es bald Gebührenerhöhungen geben, so wie unlängst am Alexanderplatz. Dort kostet das Parken pro 15 Minuten jetzt 75 statt 25 Cent. Auch die Inhaber von Anwohnervignetten sind vor Gebührenerhöhungen nicht sicher. Die Bezirkskassen sind leer. Da ist die Versuchung groß, die Löcher durch den Griff in die Taschen der parkenden Bürger zu füllen.

Die Bürgerinitiative engagiert sich aber nicht nur für die Menschen in den neuen Parkzonen. Sind diese erst einmal eingeführt, wird der Parkraumdruck auch in den angrenzenden freien Gebieten höher, so dass dort dann ebenfalls Parkzonen eingeführt werden. So sieht es auch das Konzept des Bezirks Mitte vor. Parkzonen in Tiergarten, Wedding aber auch in Prenzlauer Berg sind nur eine Frage der Zeit.

Unterstützen Sie das Bürgerbegehen mit Ihrer Unterschrift. Laden Sie den Unterschriftenbogen auf unserer Webseite www.parkzonen-mitte.de herunter und sammeln Sie im Freundes- und Bekanntenkreis.

Matthias Schulze ist Sprecher der Initiative gegen die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in Berlin Mitte

Zum Thema**Der Weg der Konstanz und Prinzipientreue****von Robert Kammel**

In diesen Tagen hört man viel von der staatsbürgerlichen Pflicht, von Verantwortung und Wählerauftrag der Freien Demokraten.



Seit Jahren gewinnt die FDP bei Landtagswahlen hinzu, nur die erhoffte Regierungsbeteiligung will sich nicht einstellen. So auch in Hessen. Die Verlockung scheint groß das Prinzip des Einhaltens von Wahlversprechen aufzugeben für eine Regierungsbeteiligung in den Ländern, doch der Schein trügt. Ein solches Geschäft wäre ein Tausch auf Kosten der Zukunft, ein Tausch auf Kosten einer möglichen bürgerlichen Mehrheit im Bund 2009, vielleicht auch früher.

Das Unwort der „Umfällerpartei“ ist eine schwere Hypothek auf dem Weg zu guten Wahlergebnissen für die Freien Demokraten. Daher ist es ausdrücklich zu begrüßen, dass auf Bundes- wie Länderebene jener einzige mögliche Weg eingeschlagen worden ist, dieses Image wirksam zu bekämpfen: Der Weg der Konstanz und Prinzipientreue.

In Zeiten politischer Willkür, was die klare Ausrichtung der anderen Parteien angeht, stellt die FDP einen Fixpunkt dar, an dem sich der Wähler orientieren kann und sollte. Das ist die Botschaft mit der wir werben müssen.

Wir nehmen unsere staatsbürgerliche Pflicht wahr und stellen fest, dass es in Hessen keine inhaltliche Grundlage für ein gemeinsames Regieren von SPD, FDP und Grünen gibt. Bildungspolitik, Energiepolitik und Ausbau des Frankfurter Flughafens sind Politikfelder frei von jeglichen inhaltlichen Berührungs punkten.

Ein Regieren um des Regierens Willen hat jedoch mit staatsbürgerlicher Pflicht und Verantwortung so viel zu tun wie die Linkspartei mit vernünftiger Politik: gar nichts.

Robert Kammel ist stellv. Vorsitzender des OV Wilhelmstadt

Zum Thema**Barack The Vote***von Tim Stuchtey*

Montagmorgen 10.30 Uhr gehe ich auf ein Rock-Konzert. Die Türen zur Sporthalle der University of Maryland in College Park bei Washington D.C. öffnen sich für eine riesige Menschen schlange, die gekommen ist, um den Star Barack Obama live zu erleben. Sicherheitskontrollen wie am Flughafen, 18.000 Sitzplätze und der Innenraum werden gefüllt. Eine Stunde nach Einlass wird die Nationalhymne gesungen, dann bringen Obama-Jünger mit Schlachtrufen wie ‚fired-up!‘ (Nordtribüne) und ‚ready to go!‘ (Südtribüne) die Halle in Stimmung. Die Menschen sind gut zur Hälfte Studenten, der Rest ein Mix aller Altersklassen, mit vielen Kindern, die von ihren Eltern gezeigt bekommen, dass der amerikanische Traum Wirklichkeit werden kann. Ein alter Mann erzählt mir, dass er nicht mehr so ‚fired-up‘ war, seit Dr. King. Um 12.30 Uhr werden ein junger Aktivist und der Generalstaatsanwalt von Maryland vorgestellt, die erklären, wie dankbar sie sind, Teil der Kampagne sein zu dürfen. Ein Video von den Black Eye Peas ‚Yes We Can‘ in voller Lautstärke, dann kündigt der Vorsitzende der ‚students for Obama‘ den Star an. Für Minuten tobtt der Saal, Mädchen kreischen.



Schlaksig betritt der Star die Bühne und genießt den Jubel. Es folgt eine inspirierende Rede, in der Obama erläutert, was für ihn Hoffnung bedeutet, wie er die Menschen zusammenbringen, das Ansehen Amerikas wieder herstellen will. Nur unterbrochen von ‚Yes we can‘-Schlachtrufen oder ein gelegentliches ‚I love you‘ (mit seiner Antwort: ‚I love you back‘ – Kreischen!). In wenigen Sätzen wird sein Plan für eine Reform der Krankenversicherung und des Steuersystems angesprochen, die Truppen sollen aus dem Irak schnell nach Hause gebracht werden, Kapitalismus ist im Grunde gut, aber nur, wenn der Welthandel nicht dazu führt, dass US-Jobs ans Ausland verloren gehen. Obama begeistert durch Rhetorik, nicht durch Programmatik. Seine Stärke ist, Menschen zusammenzubringen. Während der Rede bekennen sich Zuhörer unter Jubel dazu, Republikaner zu sein, aber auch sie haben das Gefühl, dieser Mann ist anders und passt nicht in die üblichen Kategorien.

Dr. Tim Stuchtey (OV Tiergarten) ist Mitglied im Landesvorstand der Berliner FDP

Aus dem Abgeordnetenhaus

Bürgerschule

von Martin Lindner

Vielfalt bei den Berliner Schulen ist dem rot-roten Senat ein Graus. Statt der Freiheit, zwischen Religionsunterricht und Ethik zu wählen, gibt es ein staatliches Einheitswertefach. Statt der Vielfalt bei den Schultypen wollen die rot-roten Ideologen die Einheitsschule. Und Privatschulen werden unter Rot-Rot gegängelt, wo immer es geht. Alle Schüler sollen auf eine staatliche Einheitsschule und dort Einheitswerte vermittelt bekommen.



Unser neues Konzept „Bürgerschule“ sieht ganz anders aus:

1. Alle Schulen erhalten über sogenannte Schülertostensätze ein verlässliches Budget. Pro Schüler gibt es einen bestimmten Betrag pro Jahr. Dazu kommen leistungsbezogene Zuschüsse, z.B. für gutes Abschneiden bei den Abschlussprüfungen. Über die Verwendung des Budgets entscheiden Schulleiter, Lehrerkollegium und Elternschaft. Die Lehrer werden an der dann rechtlich selbständigen Schule angestellt und nicht mehr beim Land Berlin.
2. Alle freien Träger können - optional - ihre Schulen genauso vollfinanzieren lassen. Auch hier gibt es pro Kind den selben Satz wie für eine staatliche Schule. Voraussetzung hierfür ist, dass diese freien Schulen dann auf Schulgeld der Eltern verzichten müssen. Wir kriegen damit die Privatschule für alle!
3. Der Staat beschränkt sich auf die Vorgabe der Lernziele und die Kontrolle, ob diese gut vermittelt werden. Dies geschieht über zentrale Zwischen- und Abschlussprüfungen. Außerdem kontrolliert der Staat, ob die staatlichen Gelder zweckentsprechend verwendet werden.
4. Eltern und Schülern erhalten Bildungsgutscheine und können somit die freie Auswahl treffen, welches die passende Schule für ihr Kind ist. Sie sind dabei insbesondere nicht an lokale Einzugsgebiete gebunden.

Freiheit statt Einheit und Vielfalt statt Einfalt! So kann man unser Modell einer „Bürgerschule“ kurz zusammenfassen.

Dr. Martin Lindner MdA (BV Steglitz-Zehlendorf) ist Vorsitzender der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

Aus der Landespartei

Aktuelle Themen des Landesvorstandes: Tempelhof und Landesparteitag

von Markus Löning

Die Programmkommission mit Mieke Senftleben, Mathia Specht-Habbel, Thomas Seerig, Paul Fresdorf und Markus Löning, arbeitet derzeit intensiv am Leitantrag „Kinder, Schule, Zukunft!“.



Jugendliche Gewalt, Kinderverwahrlosung, elterliche Verantwortung und der Zusammenhang mit Bildung haben die öffentliche Debatte der letzten Wochen geprägt. Die forschen Sprüche im hessischen Wahlkampf haben viel Schaden angerichtet.

Die Voraussetzungen für Kinder in Berlin müssen besser werden. Wir Berliner Liberale werden dazu auf unserem Parteitag sachgerechte Vorschläge machen. Der Leitantrag wird den Delegierten noch im Februar zugehen, damit Orts- und Bezirksverbände ihre Erfahrung in die Debatte einbringen können.

Sehr erfolgreich sind wir mit unseren Aktionen zur Offenhaltung von Tempelhof gewesen. Zahlreiche Parteifreunde in vielen Verbänden sind auf der Strasse gewesen, um für das Volksbegehren zu werben. Dass es den Berlinerinnen und Berlinern dabei nicht um Nostalgie geht, haben mir die Gespräche gezeigt, die ich beim Werben auf der Strasse geführt habe. Wie der Senat Investoren brüskiert und Arbeitsplätze verhindert, stößt bei vielen Bürgern angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in unserer Stadt auf großes Verständnis. Tempelhof ist ein Symbol für Modernität und wirtschaftliche Dynamik. Dafür werden wir auch beim Volksentscheid streiten!

Bei unserer Tempelhof-Kampagne bewährt sich die Runde der Orts- und Bezirksvorsitzenden, die ich seit einem Jahr regelmäßig einberufe. Ideen und Erfahrungen austauschen, offene Fragen direkt mit dem Landesvorsitzenden oder der Geschäftsführerin besprechen, Kampagnen der Bundespartei diskutieren und Aktionen vorbereiten – die Runde entwickelt sich zu einem lebendigen Motor der Parteiarbeit.

Markus Löning MdB (BV Steglitz-Zehlendorf) ist Vorsitzender des LV Berlin

Berichte aus Mitte

FDP gegen die Parkraumbewirtschaftung in Mitte

Piotr Pawłowski für die BVV-Fraktion

Die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in Berlin Mitte stößt auf den heftigen Widerstand der Bürger. Es wurde ein Bürgerbegehren initiiert, das beim Erfolg zu einem Bürgerentscheid führt, dieser wiederum könnte den Beschluss der BVV zur Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung kippen. Der Umgang mit dem Bürgerbegehren und der Parkraumbewirtschaftung selbst waren Thema der letzten BVV. Bevor jedoch die Verordneten über die Anträge der CDU, der Linken und der SPD beraten haben, hatten die Fraktionen Fragen mehrerer Bürger beantwortet, die sich gegen die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung wehren. Während die SPD, die Linke und die Grünen sich grundsätzlich für die neuen Parkraumzonen in Mitte ausgesprochen haben, begrüßten die Fraktionen der CDU und der FDP das Bürgerbegehren. Die FDP, die als EINZIGE Fraktion schon immer die Parkraumbewirtschaftung abgelehnt hat, ermutigte die Bürger, ihre Unterschriftensammlung fortzusetzen und hat versprochen, sich selbst an der Aktion zu beteiligen.

Aus der Sicht der Liberalen stellt die Parkraumbewirtschaftung kein geeignetes Instrument zur Lösung der Parkraumsituation in Teilen des Bezirks dar. Verkehrspolitisch handelt es sich lediglich um eine Verschiebung des Problems in die Gebiete, die an die Parkraumzonen grenzen. Zweifellos ist Parkraumbewirtschaftung für die Bezirke rentabel. Das ist jedoch einer der Hauptkritikpunkte der Liberalen an dem neuen Konzept in Mitte. Die völlig anachronistische Finanzierungsstruktur der Bezirke durch den Senat führt dazu, dass die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung, den Verstößen gegen die Umweltzone sowie anderen Ordnungswidrigkeiten praktisch die einzige Geldquelle für die Bezirke darstellt, über diese noch einigermaßen frei verfügen können. Kein Wunder also, dass so an die Wand gedrückten Bezirke, der Verlockung nicht widerstehen können, neue Parkzonen einzurichten. Somit wird das Abzocken der Bürger salofähig gemacht. Gleichzeitig stehen viele Parkhäuser (auch das am Hauptbahnhof, wo die neue Zone errichtet werden soll) halb leer. Doch darum kümmert sich im Bezirksamt niemand. Eine bürgerfreundliche Politik sieht ganz anders aus!

Ring frei in Mitte

von Katja v. Maur

Für die im April anstehenden Wahlen zum Landesvorsitz hatte der BV Mitte beide Kandidaten für eine parteiöffentliche Diskussion gewinnen können: den amtierenden Landesvorsitzenden Markus Löning MdB und den Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus, Dr. Martin Lindner MdA. Am 06.02. kamen über 70 Parteifreunde in den BVV-Saal und folgten gespannt dem professionell von Dr. Marcus Pindur (Deutschlandradio Kultur) moderierten Schlagabtausch. Fazit: Man rieb sich am Ende der Diskussion Augen und Ohren und war froh, die Anspannung bei einem Glas Wein wieder abzubauen, denn der Abend war erkenntnisreich. Erstens: Es besteht Übereinstimmung bei vielen politischen Zielen: Mitregieren ab 2011, mehr Menschen ansprechen und die internen Kräfte wesentlich besser bündeln. Zweitens: Wir haben zwei exzellente Kandidaten, und die Berliner FDP kann von dem Wettbewerb nur profitieren. Drittens: Es geht bei der Entscheidung um die Frage der Führung, also das Fördern und Fordern, um das „engagierte Drittel“ im Führungsteam möglichst größer werden zu lassen.

Alles auf Start im Januar

Katja v. Maur vom OV Tiergarten

Der OV Tiergarten lud im Anschluss an das satzungsgemäße JHV-Pflichtprogramm zur Kür, einem Neujahrsempfang in das Café Immerhin in Moabit ein. Nach einer flammenden Begrüßungsrede des Vorsitzenden Michael Sass, in der er die negative Darstellung unseres Kiezes in der Presse anprangerte, führten die zahlreichen Gäste bei liebevoll hergerichteten Häppchen, leckerer Suppe, badischem Wein gute, harmonischen Gesprächen bis in die frühen Morgenstunden. +++ Gast beim Januar-Brunch war Dr. Martin Lindner, Vorsitzender der FDP-Fraktion im AGH, um über die Arbeit der Fraktion zu berichten und seine Ideen für die Arbeit der Berliner FDP in den nächsten Jahren vorzustellen. Seit seiner Wiederwahl 2006 agiert der rot-rote Senat noch lust- und planloser als zuvor. Gestaltungsaufgaben liegen in Berlin brach oder werden mit noch mehr Bevormundungs- und Regulierungspolitik bedacht. Umso wichtiger ist für die FDP, wie sie sich gerade auch mit Blick auf die Neuwahl des Landesvorstandes im April in den kommenden Jahren in Berlin mit ihren guten Politikkonzepten als Alternative präsentiert.

Delegierte nominiert

Stefan Scholz vom OV Gendarmenmarkt

Die FDP Gendarmenmarkt nominierte Ende Januar ihre Delegierten für Bezirksausschuss, Landesparteitag und Europawahlversammlung. Vor den diversen Wahlgängen überzeugte Schatzmeister David Issmer die Anwesenden von hervorragend geführten Büchern. Der Vorsitzende des Ortsverbandes, Stefan Scholz, präsentierte den Mitgliedern ergänzend die strategischen Eckpunkte für das Jahr 2008. Der Schatzmeister und der gesamte Vorstand wurden daraufhin einstimmig entlastet. Unter den Delegierten befinden sich neben bekannten Namen wie Dr. Irmgard Schwaetzer, Bundesministerin a.D., und FDP Fraktionsvize im Abgeordnetenhaus und Bezirksvorsitzender Henner Schmidt MdA viele junge engagierte FDP-Mitglieder.

Bullenschluck

Frauke Sander vom OV OT

Dem strömenden Regen trotzend folgten rund 15 Mitglieder und Freunde des Ortsverbandes Oranienburger Tor dem Ruf zu einer Grünkohl- und Pinkelwanderung durch den Tiergarten. Dank der innerlichen Einreibung mit Bullenschluck, dem Kultgetränk aus Sulingen, konnten die Teilnehmer bosselnd durch den Tiergarten wandern, bevor es zur Grünkohlstärkung in die Tiergartenquelle ging. +++ Für den 13.02. ist unsere Jahreshauptversammlung inklusive der turnusgemäßen Delegierten- und Ersatzdelegiertenwahlen geplant. Bereits jetzt freuen wir uns, dass wir im März Miriam Gruß, MdB und aktuelle Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, zu einer Veranstaltung in unserem Ortsverband begrüßen dürfen.

Sich einbringen

Bettina v. Seyfried vom OV Wedding

Um den Kollegen der FDP in Hamburg unter die Arme zu greifen, wird vom OV Wedding für den 9. und 16. Februar eine entsprechende Fahrt organisiert. Wir wollen dort gemeinsam Wahlkampf betreiben und können hoffentlich dazu beitragen, dass das Ergebnis für die Hamburger FDP sehr gut ausfallen wird. Im OV haben wir in den vergangenen Monaten eine stricke Bereinigung unserer Mitglieder vorgenommen. Alle Nichtzahler sind mit dem dafür vorgesehenen Ausschlussverfahren aus dem OV Wedding sozusagen entfernt worden. Das bringt zunächst

Nachteile, doch sind wir der Ansicht, dass auch andere OVs diesem Beispiel unbedingt folgen sollten, damit wir in unserer Politik mit ehrlichen Mitgliederzahlen arbeiten können. Der Stimmenspiegel wird uns für die vor uns liegenden Wahlen natürlich die Quittung präsentieren. Doch sind wir lieber rege, klein aber fein, als eben anders herum!! - Sich einbringen geht immer und wird auch so bleiben!!

Konsolidierung fortgesetzt

Anno Blissenbach vom OV Wilhelmstadt

Die JHV des OV Wilhelmstadt am 04.02. war bereits um 23:00 Uhr beendet, was zeigt, dass gewisse Differenzen im OV das Jahr über hatten reduziert werden können. Dies wurde insbesondere in der Aussprache deutlich, bei der neben lobenden Beiträgen der Mitglieder wenige (selbst-)kritische Worte aus dem Vorstand selbst kamen. So verlief die JHV unter Leitung der Vorsitzenden Daniela Zehentner-Capell in einer insgesamt harmonischen Atmosphäre. Lediglich die Kampfkandidatur bei der Nachwahl eines Beisitzeramtes war mit einer gewissen Anspannung verbunden, während die „freie Wildbahn“ der Delegiertenwahl zum LPT eher sportlich genommen wurde und für die BA-Delegierten ein Konsensvorschlag vorlag bei welchem der Wahlgang dann die Rangfolge bestimmte. Über besonderen Dank für die konkreten Fortschritte bei Karteibereinigung und Konsolidierung konnte sich Schatzmeister Burghard Grell freuen, der jedoch auch seinen Amtsvorgänger Erwin Ludwig mit einbezogen wissen wollte.

Rückblick und Ausblick

Juliane Homuth für die JuLis Mitte

Am 15. Januar fand die JHV der JuLis in Berlin-Mitte statt. Neben Personalentscheidungen haben wir das letzte Jahr Revue passieren lassen: Wir beteiligten uns auf dem Treptower Hafenfest an der Aktion gegen die Wehrpflicht, waren auf der Demo „Freiheit statt Angst“ gegen den Überwachungsstaat zahlreich vertreten und konnten unter dem Motto „Dein Weihnachtswunsch... ein Arbeitsplatzchen?“ zum Jahresabschluss viele Flyer mit unseren arbeitsmarktpolitischen Forderungen verteilen; Highlights waren u.a. Diskussionsrunden mit hochkarätigen Referenten. In 2008 werden bei uns zunächst lokale Themen im Fokus stehen. In diesem Zusammenhang, aber auch allgemein streben wir eine engere Zusammenarbeit mit den Ortsverbänden der FDP in Mitte an.

Personalien

(au) In einem aktuellen Programm des FDP-Bundesverbandes zur Förderung von viel versprechenden jungen Parteifreundinnen hat die eingerichtete Auswahlkommission deutschlandweit 30 „Top-Nachwuchs-Talente“ identifiziert.



Nicht weniger als zwei der High-Potentials sind Mitglieder in unserem BV Mitte: **Franziska Löke** (Foto), Mitglied des Vorstandes im OV Gendarmenmarkt, ist eine der beiden Ausgewählten aus unserem Bezirksverband, der des

Weiteren auch auf Parteifreundin **Susanne Liermann** (Foto) aus dem OV Wilhelmstadt stolz sein darf. Neben den beiden Genannten war noch eine dritte junge Berlinerin erfolgreich, welche als „offizielle Kandidatin“ des LV Berlin vom Landesvorstand vorgeschlagen worden war:



Beate Schütz (Foto), BVV-Verordnete und Sprecherin des FDP-Bezirksausschusses im Bezirk Lichtenberg, die – wie auch viele andere Funktionsträger der Berliner FDP – in unserem Bezirk Mitte wohnt.

Angesichts des herausragenden weiblichen Führungsreiches kann die Berliner FDP mit Freude und Zuversicht in die Zukunft blicken. Die Landesvorsitzende der Liberalen Frauen, **Mieke Senftleben** MdA (Reinickendorf), lobt das Mentoringprogramm und freut sich über die zahlreichen Bewerbungen aus dem ganzen Land: „Besonders schön ist auch, dass Berlin so stark vertreten ist, auch wenn leider nicht alle Bewerberinnen zum Zuge kommen konnten.“

(au) Neuwahlen gab es wie jedes Jahr zu den Vorständen der Jungen Liberalen im BV Mitte und im LV Berlin. Im Bezirk übergab der bisherige Vorsitzende **Holger Sieg** den Staffelstab in dem verbandstypisch harmonischem Geschehen an Nachfolgerin **Juliane Homuth**, als ihre Stellvertreter wurden **Titus Maximilian Albrecht** gewählt sowie **Philipp Ehmann** (Tiergarten), der auch stellv. BA-Sprecher der FDP Mitte ist, und der Alt-Vorsitzende **Christoph Santl** (OT) wiedergewählt, alter und neuer Schatzmeister ist **Alexander Wagner**, einziger Beisitzer wurde **Simon Recker** mit Zuständigkeit für Mitglieder- und Interessentenbetreuung. Homuth: „Vielen Dank an unseren bisherigen Bezirksvorsitzenden Holger Sieg, der sich im letzten Jahr hervorra-

gend für den Bezirk eingesetzt hat.“ Künftig ist Holger Sieg als stellvertretender Vorsitzender im Landesverband der JuLis Berlin für den Bereich Programmatik zuständig – der alte und neue JuLi-Landesvorsitzende **Mischa Hecker**, der als erster Amtsträger seit langer Zeit eine zweite Amtsperiode in Angriff nimmt, darf sich über starke Unterstützung aus Mitte im Landesvorstand freuen. Neben Sieg ist **David Issmer**, auch Schatzmeister im OV Gendarmenmarkt der FDP, ein Stellv. Vorsitzender, einen Beisitzer stellt Mitte mit **Christian Lüdtke**. Alter und neuer Schatzmeister der Berliner JuLis ist **Sirko Schulz** (Lichtenberg), welcher zugleich von den Jungliberalen zum Kandidaten für den FDP-Landesvorstand erkoren wurde.

(au) Eine neue Idee aus unseren Ortsverbänden in Mitte, und eine ausgesprochen erfolgreiche, war der Neujahrsempfang des OV Tiergarten in den Räumen des Café Immerhin. In herzlich entspannter Atmosphäre an der vorzüglich gewählten „Location“ konnte der Ortsvorsitzende **Michael Saß** ein paar Dutzend Parteifreundinnen und Parteifreunde bewirten. Aus Tiergarten waren u.a. der Stellv. Vorsitzender des BV Mitte und Vorsitzende der FDP-Fraktion in der BVV Mitte, **Piotr Pawłowski**, der Stellv. Ortsvorsitzende und Sprecher des BA Mitte, **Kurt Lehner**, die Stellv. Ortsvorsitzende **Antje Pieper**, der Schatzmeister **Michael Herrmann**, Vorstandsbeisitzer **Donald Tuckwiller** und **Philipp Ehmann**, Bezirksschatzmeisterin **Katja v. Maur**, **Tom Reinhold**, sowie etwa **Uwe Post**, Mitglied im Landessatzungsausschuss. Unter den fröhlichen Gästen, aus dem OV Gendarmenmarkt waren der Bezirksvorsitzende **Henner Schmidt**, der Ortsvorsitzende **Stefan Scholz** und die unermüdliche Organisatorin **Petra Schulz**, vom OV Wilhelmstadt der Stellv. Ortsvorsitzende, Bezirksvorstandsmitglied **Nils Augustin**; aus dem Landesverband war die Sprecherin des BA im BV Lichtenberg und Lichtenberger Bezirksverordnete **Beate Schütz** dabei

(au) **Petra Weckel** (OT) ist jetzt die Leiterin der Begabtenförderung unserer liberalen (Friedrich-Naumann-)Stiftung für die Freiheit, steht dabei gerne auch als Ansprechpartnerin zur Verfügung unter weckel@gmx.de.

(bvs) **Sylvia Maria v. Stieglitz**, u.a. bis vor Kurzem Vorsitzende des OV Zehlendorf, begibt sich für zwei Jahre nach Kairo. Sie wird dort für das Bundeswirtschaftsministerium als Resident Twinning Advisor für den Aufbau der ersten Verwaltungspartnerschaft zwischen Deutschland und Ägypten arbeiten.

Leserbriefe

Peter Lundkowski (OV Wedding)

Die FDP muss sich ja schon seit Jahren mit dem Etikett „Umfällerpartei“ auseinandersetzen. Aus dem Grunde muss sie in Hessen bei dem bleiben, was sie vor der Wahl gesagt hat: Eine Koalition nur mit der CDU! Diese Festlegung war nach meiner Meinung unklug, aber sie muss jetzt eingehalten werden, damit fällt eine Ampelkoalition für die FDP weg. Da hilft auch kein Hinweise auf die staatspolitische Verantwortung. Diese staatspolitische Verantwortung betrifft auch die Grünen. Warum wollen sie nicht eine „Jamaikakoalition“ eingehen?

Kurt M. Lehner (OV Tiergarten)

zum Leserbrief von Nikoline Hansen in LC 01/2008 +++ Jugendliche werden nicht durch das Jugendstrafrecht „als Kriminelle stigmatisiert“, sondern durch Straftaten, die sie begehen! Warum „der Rechtsstaat“ so tapfer die Augen davor verschließt, dass es heute schon zwölf- oder dreizehnjährige Intensiv- (also nicht Erst-) Täter gibt, die teilweise von ihren Eltern bewusst zur Begehung von Straftaten geradezu abgerichtet werden, ist mir ebenso wenig einsichtig, wie die Tatsache, dass ein Mensch mit 18 volljährig (und damit u.a. wahlberechtigt) wird, aber strafrechtlich als offenbar noch nicht voll zurechnungsfähig gilt und de facto immer noch unters Jugendstrafrecht fällt. Der Gesetzgeber hat zwar ausdrücklich formuliert, dass das die Ausnahme sein soll, aber unsere Rechtssprechung interessiert die Vorgabe des Gesetzgebers offenbar nur begrenzt. Das Jugendstrafrecht dient keineswegs dazu, Jugendliche nur zu bestrafen, bei deren Erziehung „Eltern und wir als Gesellschaft versagt haben“, sondern sieht ein umfassendes und abgestuftes Erziehungsinstrumentarium vor, das besonders bei Ersttätern sinnvoll zur Anwendung gebracht werden kann und muss, wenn nach dem „Versagen“ der Eltern nicht auch das der Gesellschaft folgen soll. Tatsächlich werden rund 75 % der Täter, die vor dem Jugendrichter landen, NICHT rückfällig und das Jugendstrafrecht somit besser als sein Ruf. Es ist allerdings weitgehend wirkungslos, wenn ein 14jähriger schon eine intensive Kriminellenkarriere hinter sich hat, bevor es überhaupt erstmals auf ihn angewandt werden kann. Ich meine, dass deshalb die Jugendstrafmündigkeit bereits mit wenigstens 12 Jahren eintreten und die Anwendung des Jugendstrafrechts ab dem vollendeten 18. Lebensjahr abgeschafft werden sollte. Schließlich müsste auch die Elternhaftung verstärkt ins Blickfeld der Diskussion genommen werden.

Schlusswort

Zivilcourage für Grundrechte

von Anno Blissenbach

Dass Grund- und Menschenrechte als höchstes (nicht nur liberales) Gut angesehen werden, dürfte in der EU-Polit-Kaste eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Bei Personen offenbart deren Umgang mit Grundrechtsverstößen Charakter und Glaubwürdigkeit, bei Parteien deren Wählbarkeit. Dass Ex-Kanzler und Gas-Oligarch Gerhard Schröder Kreml-Chef Vladimir Putin einen „lupenreinen Demokraten“ nannte und dass er in China die Menschenrechtsfrage stets unter die dicken Teppiche der Wirtschaftskongresshotels kehren liess, entlarvt ihn als Opportunisten, der monetären Verlockungen – sowohl als Regierungschef wie auch privat – nachgab und somit Grund- und Menschenrechte auf dem Mammon-Altar opferte. Seine SPD setzt diesen Kurs mit Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück (Aussen- bzw. Wirtschaftsminister) ungeniert fort.

Vielleicht weil die in der DDR aufgewachsene Angela Merkel am eigenen Leibe erfahren hat, was es bedeutet, wenn Grund- und Menschenrechte mit Füßen getreten werden, handelt sie als Bundeskanzlerin hier anders: Sie empfängt den Dalai Lama im Kanzleramt, schert sich den Teufel um „Strafaktionen“ der chinesischen Regierung, sie verlangt von US-Präsident George W. Bush die Auflösung von Guantanamo, sie redet in selbstsicherem Russisch Klartext mit Putin, lässt dessen Energie-Säbelrasseln abperlen wie Öl. Dies verdient liberalen Respekt.

Nur klar, kompromisslos und unerschrocken kann weltweit grundrechtverletzenden und totalitären Regimen begegnet werden.

An jenem historischen Montag 1989 stellte sich Gewandhaus-Chefdirigent Kurt Masur in die erste Demonstranten-Reihe, rief den DDR-Soldaten zu, sie mögen ihn als ersten erschiessen – sie schossen nicht; die Mauer fiel.

In Burma protestierten jüngst hunderttausende buddhistische Mönche friedlich gegen die verhasste Militärdiktatur. Diese schoss wahllos in die Menge. Seitdem drehen die Mönche beim täglichen Bettelgang ihre Essschalen einfach um, wenn Junta-Kader Reis spenden wollen. Ein sicheres Zeichen in diesem zutiefst buddhistischen Land (Theravada), dass die Tage der Junta gezählt sind – und damit auch die Tage des 18-jährigen Hausarrests von Aung San Suu Kyi, der standhaften Wahlsiegerin von 1990.

Termine

Februar 2008

- 19.02 19.30h OV Wedding: **Jahreshauptversammlung** – Wahl der Delegierten zum Bezirksausschuss und zum Landesparteitag u.a. – im Opatija Grill (Müllerstrasse 70)
- 20.02 19.30h BV Mitte: **Jahreshauptversammlung des Bezirksausschusses** – mit Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Landesausschuss u.a. – im Abgeordnetenhaus von Berlin (Niederkirchner Str.), Raum 113
- 24.02 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) – Thema: Von 'kriminellen Ausländern' und 'Computer-Indern' – mit Urmila Goel – im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 27.02 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)
- 29.02/01.03 FNSt: **Seminar „Kommunale Arbeit - Strategisch geplant“** – Reinhardtstraßenhöfe (Reinhardtstr. 14) – Info und Anmeldung anne.wellingerhof@fnst-freiheit.org

März 2008

- 03.03 20.00h OV Wilhelmstadt: **Mitgliederversammlung** im Habel Weinkultur (Luisenstr. 19)
- 04.03 19.30h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 11.03 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 12.03 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** – Ort siehe www.fdp-berlin.de
- 13.03 19.30h OV OT: **Diskussionsveranstaltung** – Thema: Kinder- und Jugendpolitik – mit Miriam Gruß MdB – Ort siehe www.fdp-ot.de
- 26.03 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)
- 30.03 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) im Walhalla (Krefelder Str. 6)

Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de

Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de

Alle Veranstaltungen und Sitzungen sind, soweit hier genannt, öffentlich

Einladung zur Jahreshauptversammlung des Bezirksausschusses der FDP Berlin-Mitte

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteidividinen und Parteidivide,

hiermit lade ich zur Jahreshauptversammlung des Bezirksausschusses der FDP Berlin-Mitte ein.
Die Sitzung findet statt am **Mittwoch, 20. Februar 2008 um 19.30 Uhr.**

Ich schlage folgende Tagesordnung vor (das verwendete grammatische Geschlecht ist ggf. als beide biologischen Geschlechter umfassend zu lesen):

1. Begrüßung, Ladung, Stimmberechtigung, Genehmigung TO
2. Wahl des Bezirksausschuss-Sprechers und zweier Stellvertreter
3. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Landesausschuss
4. Berichte (a) des Bezirksvorstandes und (b) der Schatzmeisterin und der Kassenprüfer, sodann (c) Aussprache und (d) Entlastung
5. weitere Berichte
6. Anträge
7. Verschiedenes

Ich freue mich auf Ihre Teilnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Kurt M. Lehner, Sprecher des Bezirksausschusses des BV Mitte